

4474/J XX.GP

der Abgeordneten Dr. Krüger, Mag. Haupt
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend Umgehung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes

Die Anfragesteller wurden darauf aufmerksam gemacht, daß Ausländer, die aufgrund der Beschränkungen des Ausländerbeschäftigungsgesetzes keine Beschäftigungsbewilligung erhalten, vermehrt über den Umweg angeblicher selbständiger Erwerbstätigkeit als sogenannte „neue“ Selbständige tätig werden. Damit wird der durch das Ausländerbeschäftigungsgesetz angestrebte Schutz des österreichischen Arbeitsmarktes ad absurdum geführt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales die nachstehende Anfrage:

1. Ist feststellbar, wieviele Ausländer bisher als „neue Selbständige“ angemeldet wurden und damit außerhalb des Ausländerbeschäftigungsgesetzes in Österreich erwerbstätig sein können?
2. Welcher Prozentsatz der GSVG - Versicherten hatte bisher eine ausländische Staatsbürgerschaft und welchen Anteil haben Ausländer bei den „neuen Selbständigen“?
3. Welche Maßnahmen wollen Sie setzen, um die Umgehung des Ausländerbeschäftigungsgesetzes durch eine Scheinselbständigkeit künftig zu verhindern?